

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

30. Jahrgang

Berlin, den 15. November 1963

Nummer 46

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

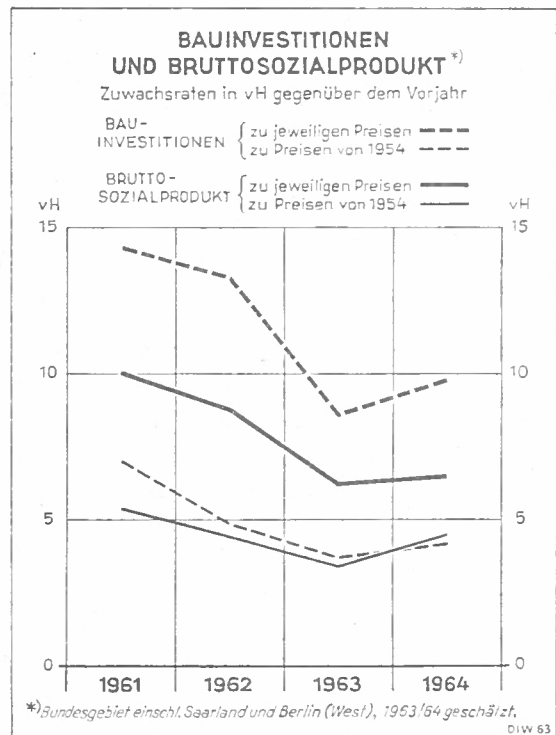
Die Aussichten der Bauwirtschaft für das Jahr 1964*)

Entwicklungstendenzen der Nachfrage nach Bauten

Im nächsten Jahr wird die Bautätigkeit stärker als bisher durch die im Wachstum nachlassende Ausgabebereitschaft der öffentlichen Haushalte bestimmt werden. Diese war bereits in den Haushaltsansätzen für dieses Jahr erkennbar geworden, dürfte jedoch — jedenfalls für den Bereich der öffentlichen Investitionen und damit der öffentlichen Bautätigkeit — das Produktionsvolumen bisher nur geringfügig beeinträchtigt haben, da die Bautätigkeit im ersten Quartal ohnehin stark eingeschränkt werden mußte. In einzelnen, von den Aufträgen der öffentlichen Haushalte besonders stark abhängigen Bereichen der Bauwirtschaft wurden außerdem bereits zusätzliche Mittel eingesetzt, um Auftragslücken zu schließen. Um so gravierender wird sich die Tendenz zu einem verlangsamten Ausgabewachstum im nächsten Jahr mit seinen vermutlich sehr viel besseren Witterungsbedingungen auswirken.

Für 1964 ist nicht zu erwarten, daß der vorhandene Spielraum für die Erweiterung des Angebotspotentials in der Bauwirtschaft voll genutzt wird. Nach den bisher erkennbaren Entwicklungstendenzen der Nachfrage nach Bauten werden die realen Bauinvestitionen nur um etwa 4,5 vH zunehmen, vom Angebotspotential her dürften jedoch — selbst bei vorsichtiger Einschätzung — mehr als 10 vH zu verwirklichen sein. Berücksichtigt man auch die Sekundärwirkungen, die von höheren Bauinvestitionen auf die übrigen Bereiche ausgehen, so kann es sich bei dieser Differenz um ein Mehr an realem Sozialprodukt von etwa 3 Mrd. DM handeln. Die bestimmenden Variablen in dieser Rechnung sind die Investitionen der öffentlichen Haushalte; von ihrer Höhe wird es abhängen, welches Bauvolumen und damit welches Sozialprodukt 1964 realisiert werden kann.

Auf die Zusammensetzung des Bauvolumens wirkt sich bereits seit längerer Zeit die Verlagerung der staatlichen Aktivität von der Förderung des Wohnungsbaus auf die Durchführung von Bauvorhaben aus, die überwiegend dem Ausbau der Infrastruktur im weitesten Sinne dienen. Diese Entwicklung ist Ausdruck einer echten Bedarfsverschiebung und von den kurzfristigen Veränderungen der wirtschaftlichen Lage weit-



gehend unabhängig. Sie findet ihren statistischen Niederschlag in den schon seit längerem unterschiedlich hohen Wachstumsraten der realen Produktion in diesen beiden Baubereichen: In diesem Jahr werden etwa 2 vH im Wohnungsbau und 11 vH im öffentlichen und Verkehrsbau mehr produziert werden als im Vorjahr.

Von den Faktoren, die 1964 von Bedeutung sein werden, lassen sich einige bereits heute übersehen:

Die Bautätigkeit für die gewerbliche Wirtschaft ist eher noch schwächer zu veranschlagen als in diesem Jahr. In der Industrie dürfte die stagnierende Investitionsbereitschaft trotz der Belebung des Auslandsgeschäfts auch 1964 noch nicht überwunden werden.

Zu optimistischeren Erwartungen über die zukünftige gewerbliche Bautätigkeit besteht vor allem auch deshalb kein begründeter Anlaß, weil

*) Gekürzte Fassung eines im Auftrage des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. angefertigten Gutachtens.

Das Bauvolumen nach Baubereichen
Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH

Bereiche	1961	1962	1963	1964	1961		1962		1963	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Bauvolumen zu jeweiligen Preisen										
Wohnbauten	12,8	12,4	8	8,5	13	12	10	14	1	14
Wirtschaftsbauten	16,3	7,8	3	0	18	15	7	8	-2	7
Öffentliche und Verkehrsbauten	19,3	23,4	16,5	18,5	19	20	20	26	5	25
davon: Hochbauten	18,1	14,3	19	21,5	19	17	12	17	7	29
Tiefbauten	20,1	29,4	15	16,5	19	21	26	32	5	23
Gesamtes Bauvolumen	15,6	14,6	9,5	10	16	15	13	16	2	16
davon: Hochbauten	14,6	11,2	8	8,5	16	14	10	13	1	14
Preisentwicklung										
Wohnbauten	7,7	8,6	6,5	6,5	6	9	10	7	7	6
Wirtschaftsbauten	6,5	7,9	5,5	5,5	5	8	9	7	5	5
Öffentliche und Verkehrsbauten	5,8	7,3	4,5	4,5	4	7	9	6	5	5
davon: Hochbauten	6,9	7,7	5,5	5,5	6	8	9	7	6	5
Tiefbauten	5,1	7,3	4	4	3	7	9	6	4	2
Gesamtes Bauvolumen	6,7	7,9	5,5	5,5	5	8	9	6	6	5
davon: Hochbauten	7,3	8,3	6	6	6	8	10	7	6	6
Bauvolumen zu Preisen von 1954										
Wohnbauten	4,7	3,5	2	2	7	3	0	7	-5	8
Wirtschaftsbauten	9,2	-0,1	-2,5	-5	12	6	-2	1	-7	2
Öffentliche und Verkehrsbauten	12,8	15,0	11	13	14	11	11	19	1	20
davon: Hochbauten	10,6	6,1	12,5	15	13	9	3	9	1	23
Tiefbauten	14,2	20,6	10	12	16	13	16	25	0	18
Gesamtes Bauvolumen	8,3	6,2	4	4,5	10	6	3	9	-4	11
davon: Hochbauten	6,9	2,7	2	2	9	5	0	5	-5	8

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW auf Grund von Angaben des Statistischen Bundesamtes.
Gebietsstand: Bundesgebiet ohne Berlin (West).

aller Wahrscheinlichkeit nach die Auswirkungen des Baustoppgesetzes im nächsten Jahr sehr viel einschneidender sein werden als bisher. Man muß sich vergegenwärtigen, daß diese Maßnahme allein bei den Bürogebäuden zu einem Rückgang der genehmigten Kubikmeter umbauten Raumes im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres auf die Hälfte, im ersten Halbjahr dieses Jahres auf ein Drittel des jeweiligen Vorjahrsstandes geführt hat. Eine solche Genehmigungslücke in der Größenordnung der Produktion eines Dreivierteljahres allein bei einem Gebäudetyp kann auch durch die Aufhebung der Genehmigungsbeschränkungen nicht von heute auf morgen kompensiert werden.

Wenn die Produktion der Bauwirtschaft daher weiter expandieren soll, so müssen die Impulse auch im nächsten Jahr von der Nachfrage der öffentlich beeinflussten Baubereiche, also den Wohnbauten und den öffentlichen und Verkehrsbauten, ausgehen.

Innerhalb des Wohnungsbaus dürfte sich der bisherige Trend der Entwicklung fortsetzen. Die öffentliche Förderung wird weiter zurückgehen und die Initiativen für zusätzliche Wohnbauten werden in verstärktem Maße von dem nicht oder nur wenig geförderten Wohnungsbau ausgehen müssen. Die Chancen für einen derartigen Wandel innerhalb des Wohnungsbaus sind günstig. Von den vielfältigen Faktoren, deren Wirksamkeit in diesem Zusammenhang von Bedeutung ist, rechtfertigen die meisten eine optimistische Prognose auch für die fernere Zukunft.

Erstmalig seit dem Ende der 50er Jahre werden sich Genehmigungen und Fertigstellungen bei Wohnbauten in diesem Jahr ungefähr die Waage halten. Die zu Beginn dieses Jahres vorhandene „Produktionsreserve“ von rund 760 000 genehmigten Wohnungen, von denen sich 570 000 bereits in verschiedenen Stadien des Fertigstellungsprozesses befunden haben und 190 000 noch nicht begonnen waren, wird sich am Ende dieses Jahres kaum verändert haben. Damit werden auch zu Beginn des nächsten Jahres genügend Genehmigungen zur Verfügung stehen, um ein reales Wohnungsbauvolumen zu gewährleisten, das in Anbetracht der vermutlich günstigeren Witterungsverhältnisse im ersten Quartal 1964 eher noch geringfügig über dem dieses Jahres liegen dürfte. Eine stärkere Belebung des Wohnungsbaus ist bei der rückläufigen Entwicklung der Genehmigungen aber nicht wahrscheinlich.

Die stetige Zunahme des Anteils der öffentlichen und Verkehrsbauten am Bauvolumen — kennzeichnend für die Entwicklung seit 1958 — ist häufig mißverstanden worden, wobei jedoch Gegenstand der Kritik meist nur der Umfang der öffentlichen Bautätigkeit in ihrer Gesamtheit war. Detaillierte Untersuchungen des öffentlichen Bau-Bedarfs (für Straßen, Schulen, Krankenhäuser oder öffentliche Versorgungseinrichtungen etwa) haben dagegen immer zu dem Ergebnis geführt, daß man mehr tun müsse, um dem gegenwärtigen und erst recht dem in der Zukunft zu erwartenden Bedarf Rechnung zu tragen. Wohl niemals ist ernsthaft behauptet worden, in der Vergangenheit sei zuviel von diesen Einrichtungen gebaut worden.

Als Argument wird meist angeführt, durch die stark expansive öffentliche Bautätigkeit würden andere Baubereiche vom Markt verdrängt, würde vor allem ein Klima geschaffen, das die eigentliche Ursache sei für die unerwünschte Preisentwicklung für Bauleistungen. Heute gehören solche Erscheinungen — gleichgültig, ob man diesen Zusammenhang anerkennt oder nicht — zweifel-

los. Die öffentliche Bautätigkeit würde vor allem ein Klima geschaffen, das die eigentliche Ursache sei für die unerwünschte Preisentwicklung für Bauleistungen. Heute gehören solche Erscheinungen — gleichgültig, ob man diesen Zusammenhang anerkennt oder nicht — zweifel-

los der Vergangenheit an. Im Wohnungs- und Wirtschaftsbau laufen gegenwärtig die an der Entwicklung der Genehmigungen gemessenen Planungen und das realisierte Bauvolumen nicht mehr auseinander. Von nicht erfüllten oder nicht erfüllbaren Ansprüchen dieser Bereiche an das Potential der Bauwirtschaft kann also weder in diesem Jahr noch im nächsten Jahr die Rede sein. Die Bauwirtschaft befindet sich vielmehr seit etwa einem Jahr in einem Stadium, in dem nicht mehr wie zuvor die drängende Nachfrage eine starke Ausweitung des Angebotspotentials erzwingt.

Damit entfallen auch alle Voraussetzungen für eine Therapie des Preisauftriebs für Bauleistungen, die hauptsächlich auf nachfragedämpfenden Maßnahmen basiert. Es ist überdies auch fraglich, ob selbst zu der Zeit eines latenten Nachfrageüberhangs eine Bekämpfung des Preisauftriebs durch eine Einschränkung der Nachfrage längerfristig den gewünschten Erfolg gehabt hätte. Verschiedentlich ist darauf hingewiesen worden, daß die möglichen Reaktionen der Unternehmer auf eine Einschränkung der Nachfrage nicht ohne weiteres absehbar sind, daß aber angesichts der alles in allem noch geringen Kapitalintensität der Bauwirtschaft die Vermutung nahe liegt, eine Einschränkung der Nachfrage wäre zwar kurzfristig mit Preiszugeständnissen, längerfristig jedoch mit einer Einschränkung des Angebotspotentials beantwortet worden.

Bisher regten die erzielten Gewinne zusammen mit den günstigen Absatzerwartungen viele Unternehmen zur Erweiterung ihres Maschinenparks und zur Verbesserung der Produktionsverfahren an; die Folge waren eine außerordentlich expansive Investitionstätigkeit und umfangreiche Substitutionsprozesse von Arbeit durch Kapital. Wenn die Unternehmen dagegen mit einer nur geringfügig oder gar nicht mehr expandierenden Nachfrage hätten rechnen müssen, wären vermutlich alle risikoreichen Investitionen unterblieben und damit gerade diejenigen oft langwierigen Technisierungsprozesse abgebrochen worden, die es der Bauwirtschaft in einigen Bereichen, vor allem in bestimmten Bereichen des stark mechanisierten Straßenbaus, ermöglicht haben, auch die Produktion von Bauleistungen zu industrialisieren.

Eine solche Entwicklung konnte bisher dank der — trotz aller Maßhalteappelle — in unverminderter Stärke anhaltenden Expansion der öffentlichen Ausgaben vermieden werden. Gegenwärtig ist es nicht mehr in erster Linie der Versuch, eine ohne weiteres mögliche Expansion der öffentlichen Bauausgaben zu bremsen, um den Preisauftrieb einzudämmen, als vielmehr die in Frage gestellte Möglichkeit weiter stark expandierender öffentlicher Bauausgaben, die die Aussichten für die zukünftige Entwicklung in der Bauwirtschaft unsicher macht.

Schon in diesem Jahre haben die Einnahmen der öffentlichen Haushalte nicht mehr so stark zugenommen wie im vergangenen Jahr. Unter den gegebenen institutionellen Bedingungen ist dadurch die Finanzierung zusätzlicher Investitionen erschwert; das für 1963 veranschlagte Bauvolumen der Gebietskörperschaften ließ die Wirkungen der knapper werdenden Finanzbasis bereits deutlich erkennen. Obwohl die saisonalen Einflüsse in diesem Jahr den Spielraum für die Ausweitung der Produktion ohnehin erheblich eingengt

haben, beginnen die veränderten Finanzierungsbedingungen bereits die Bautätigkeit zu beeinflussen. Symptomatisch dafür ist die Tatsache, daß die bewilligten Mittel für den Bundesfernstraßenbau — der in diesem Jahr praktisch zwei Monate später als sonst eingesetzt hat und überdies noch durch die Beseitigung der erheblichen Winterschäden zusätzlich in Anspruch genommen wurde — aufgebraucht sind und weitere Mittel von reichlich 300 Mill. DM mobilisiert werden mußten, um die kontinuierliche Beschäftigung der Straßenbauunternehmen zu sichern.

Es zeigt sich, daß der von der Entwicklung der Einnahmen diktierte Zwang, den Einnahmezuwachs im wesentlichen auf bevorzugtere Aufgabenbereiche zu verteilen, Gefahren vor allem für die Bauausgaben des Bundes mit sich bringt. Dabei dürfte die Bautätigkeit für militärische Zwecke nicht beeinträchtigt werden, wohl aber der Bundesfernstraßenbau. Diese veränderte Gewichtsverteilung zu Lasten des Straßenbaus hat sich bereits deutlich in den Plänen zur Neuverteilung des Mineralölsteueraufkommens gezeigt.

Will man einen weiter stark expandierenden Bau von Bundesfernstraßen nicht aus zusätzlichen Abgaben des Kraftverkehrs finanzieren, wird man daher nicht umhin können, mehr als bisher den Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen. Ob man dies nun durch eine stärkere Verschuldung des Bundes bewerkstelligt oder durch eine — bereits für die Beschaffung der zusätzlichen Mittel für dieses Jahr mit Erfolg vorgenommene — Reaktivierung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa), der man dann die entsprechenden Beträge zur Bedienung der Kapitalmarktmittel aus dem ordentlichen Haushalt zur Verfügung stellen müßte, ist dabei von sekundärer Bedeutung. Bei der vorhandenen Animosität einer stärkeren Staatsverschuldung gegenüber würde es sich vielleicht empfehlen, den zweiten Weg zu wählen und damit die Verschuldung aus dem unmittelbaren öffentlichen Bereich auszuklammern.

Bei der sich andeutenden Entspannung der Bankenliquidität braucht eine solche zusätzliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zur Finanzierung des Straßenbaus nicht unbedingt zu unerwünschten Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz zu führen, sofern sie die Unterstützung der Bundesbank findet. Ansonsten müßte man in Kauf nehmen, daß die Aktivität des Bundes oder der Öffa auf dem Kapitalmarkt zu einem Kapitalzufluß aus dem Ausland führen würde. Dieser Effekt ließe sich jedoch durch eine liquiditäts-expansive Politik der Bundesbank vermeiden.

Die Potentialreserven der Bauwirtschaft

Die geschätzte Wachstumsrate des realen Bauvolumens von 4,5 vH entspricht nun keineswegs der möglichen Steigerung des Angebotspotentials der Bauwirtschaft. Die jährliche Arbeitszeit je Beschäftigten dürfte im nächsten Jahr wieder auf das Niveau des Jahres 1962 ansteigen. Knapp zwei Arbeitstage mehr im nächsten Jahr und die vermutlich auch gegenüber 1962, nicht nur gegenüber 1963 günstigeren Witterungsverhältnisse dürften die Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung etwa aufwiegen. Schon bei gleichbleibender Beschäftigtenzahl stünde damit ein zusätzliches Arbeitsvolumen von etwa 5 vH zur Verfügung. Nun kann die Bauwirtschaft ohne Zweifel auch im nächsten Jahre ihre Beschäftigtenzahl erhöhen. Mit einem

Daten zur Entwicklung des Angebotspotentials der Bauwirtschaft

	Einheit	Absolute Zahlen				Zuwachsraten in vH			Möglicher Zuwachs in vH
		1956	1961	1962	1963	1956/61	1962	1963	1964
Bauhauptgewerbe									
Rohbauvolumen zu Preisen von 1954	Mrd. DM	14,26	20,39	21,99	22,67	7	8	3	14,5
Beschäftigte ¹⁾ im Bauhauptgewerbe	1 000 Pers.	1 223	1 411	1 491	1 543	2,5	5,5	3,5	3
Rohbauvolumen je Beschäftigten	DM	11 660	14 451	14 748	14 692	4,5	2	-0,5	11,5
Jährl. Arbeitszeit je Beschäftigten ²⁾	Std.	2 354	2 074	1 999	1 879	-2,5	-3,5	-6	6
Arbeitsvolumen ³⁾	1 000 Std.	2 879	2 926	2 981	2 899	0	2	-3	9
Rohbauvolumen je Arbeitsstunde	DM	4,95	6,97	7,38	7,82	7	6	6	5
Ausbaugewerbe									
Ausbauvolumen zu Preisen von 1954	Mrd. DM	6,94	9,58	10,00	10,48	6,5	4,5	5	11
Beschäftigte im Ausbaugewerbe	1 000 Pers.	713	756	757	761	1	0	0,5	0,5
Bauvolumen je Beschäftigten	DM	9 734	12 672	13 210	13 771	5,5	4	2,5	10,5
Jährl. Arbeitszeit je Beschäftigten	Std.	2 354	2 074	2 012	1 952	-2,5	-3	-3	3
Arbeitsvolumen ³⁾	1000 Std.	1 678	1 568	1 523	1 485	-1,5	-3	-2,5	3,5
Ausbauvolumen je Arbeitsstunde	DM	4,14	6,11	6,57	7,06	8	7,5	7,5	7
Bauwirtschaft, insgesamt									
Bauvolumen zu Preisen von 1954	Mrd. DM	21,20	29,97	31,99	33,15	7	6,5	3,5	13,5
Beschäftigte im Baugewerbe	1 000 Pers.	1 936	2 167	2 248	2 304	2	3,5	2,5	2
Bauvolumen je Beschäftigten	DM	10 950	13 830	14 230	14 388	5	3	1	11
Jährl. Arbeitszeit je Beschäftigten	Std.	2 354	2 074	2 003	1 903	-2,5	-3,5	-5	5
Arbeitsvolumen ³⁾	1 000 Std.	4 557	4 494	4 504	4 384	-0,5	0	-2,5	7,5
Bauvolumen je Arbeitsstunde	DM	4,65	6,67	7,10	7,56	7,5	6,5	6,5	5,5

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW auf Grund von Angaben des Statistischen Bundesamtes. Gebietsstand: Bundesgebiet ohne Berlin (West); 1956 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West).
¹⁾ Einschl. mithelfender Familienangehöriger. — ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden bezogen auf die Arbeitnehmer ohne kaufmännische und technische Angestellte u. Lehrlinge. — ³⁾ Jährliche Arbeitszeit aller Beschäftigten.

Zuwachs der Beschäftigten in der Größenordnung von 2 vH dürften angesichts der verminderten Anforderungen an den Arbeitsmarkt, die von den anderen Bereichen zu erwarten sind, die vorhandenen Möglichkeiten vermutlich nicht einmal erschöpft werden. Damit würde das Arbeitsvolumen bereits um 7 vH zunehmen können. Die Wachstumsrate der Bruttproduktivität, des realen Bauvolumens je Arbeitsstunde, liegt zur Zeit bei etwa 6,5 vH. Ein stark steigendes Arbeitsvolumen pflegt nun meist mit einem abgeschwächten Produktivitätswachstum einherzugehen; selbst wenn man diese Abschwächung berücksichtigt und unterstellt, daß das Produktionsergebnis je Arbeitsstunde im nächsten Jahr nur noch um 5,5 vH zunimmt, könnte mit dem dann zur Verfügung stehenden Potential ein reales Bauvolumen produziert werden, das um mehr als 13 vH über dem dieses Jahres liegt.

Wie sich diese Lücke von immerhin neun Punkten zwischen den zu erwartenden Zuwachsraten der Nachfrage nach Bauten und dem möglichen Wachstum des Angebotspotentials der Bauwirtschaft schließen wird, ist schwer zu sagen, hauptsächlich wohl zu Lasten des Angebotspotentials, wobei in erster Linie das von der Bauwirtschaft in Anspruch genommene Arbeitsvolumen, aber auch das Produktivitätswachstum betroffen werden dürften. Die Chancen, die Lücke wenigstens teilweise von der Nachfrage her zu schließen, hängen in erster Linie davon ab, ob die wirtschaftspolitischen Instanzen bereit sein werden, die Investi-

tionen der Gebietskörperschaften ihrer Bedeutung entsprechend in der Dringlichkeitsskala der öffentlichen Aufgaben einzuordnen, damit auch von der Finanzierung her die Voraussetzungen für ein stärkeres Wachstum der öffentlichen Bauausgaben geschaffen werden können. Dabei wird man die Potentialreserven, die gerade einige hochspezialisierte Bereiche der Bauwirtschaft aufzuweisen haben, wohl kaum groß genug einschätzen können, wie das Beispiel der selbst in diesem Jahr unzureichenden Bewilligungen für den Bundesfernstraßenbau gezeigt hat.

Kurzfristig werden sich bei dem 1964 zu erwartenden Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den Baumärkten weitere Preiserhöhungen schwerer durchsetzen lassen. Die vereinbarten Lohnerhöhungen dürften nicht mehr ohne weiteres überwältigt werden, sondern eher zu einer Verringerung der Spanne zwischen Tarif- und Effektiventlohnung führen.

Auf längere Sicht dagegen wird die Preisentwicklung in erster Linie von den Konsequenzen abhängen, die die Unternehmer aus der veränderten Nachfragesituation für die weitere Intensivierung ihrer Kapitalausstattung ziehen. Wenn auf 1964 eine Periode stagnierender oder gar rückläufiger Investitionen in der Bauwirtschaft folgen sollte und der Technisierungsprozeß nicht mehr in dem Maße wie bisher vorangetrieben wird, verschlechtern sich auch die Aussichten auf eine generelle Stabilisierung des Baupreisniveaus in absehbarer Zeit.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Kregel, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, 1 Berlin 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
 Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

